



Vergabestelle:

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abteilung Kommunikation

Referat K 7 Interne und externe Kommunikation, Medientechnik

Platz der Mainzer Republik 1

55116 Mainz

Ablauf der Angebotsfrist	20.07.2026, 12:00 Uhr
Art des Verfahrens	Offenes Verfahren
Bindefrist	30.09.2026
Art des Auftrags	Dienstleistungen

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Titel: Einrichtung Videoplattform zur Übertragung von politischen Sitzungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit fordern wir Sie zur Angebotsabgabe auf der Grundlage der beigelegten Unterlagen bis zum

20.07.2026 um 12.00 Uhr.

über die Vergabepattform auf (siehe **Anlage D:** Hinweise zur e-Vergabe). Auf anderem Wege übermittelte Angebote sind nicht zugelassen.

Nach Ablauf der Angebotsfrist eingegangene Angebote werden vom Wettbewerb ausgeschlossen. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote in Textform zurückgezogen werden.

Das Angebot sowie jegliche Kommunikation mit der Vergabestelle sind in deutscher Sprache abzufassen.

A. Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen bestehen aus diesem Aufforderungsschreiben sowie den folgenden Unterlagen:

- Anlage A: Angebotsschreiben
- Anlage A.1: Eigenerklärung zur Eignung
- Anlage A.2: Bietergemeinschaftserklärung
- Anlage A.3: Erklärung bei Eignungsleihe
- Anlage A.4: Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- Anlage B: Vertrag
- Anlage B.1: Leistungsbeschreibung
- Anlage B.2: Preisblatt
- Anlage B.3: Auftragsverarbeitungsvertrag
- Anlage C: Datenschutzhinweise im Vergabeverfahren
- Anlage D: Hinweise zur e-Vergabe
- Anlage E: Styleguide

Bei der Angebotserstellung sind die Regelungen des beiliegenden Vertrages samt allen darin genannten Anlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung zu beachten.

Diese sind Gegenstand des Angebotes und werden bei der Beauftragung zu Grunde gelegt. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes bzw. für die Auftragsdurchführung durch den Bieter oder beauftragte Dritte verwendet werden. Jede Weitergabe an unbefugte Dritte oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der beauftragten Vergabestelle untersagt.

B. Angebotsunterlagen

Es werden ausschließlich die geforderten Angaben zur Auswertung herangezogen, alle weiterführenden Unterlagen werden im Zuge der Angebotsauswertung nicht berücksichtigt.

Für die Angebotserstellung sind die vorgegebenen Formblätter zu verwenden. An den zur Verfügung gestellten Formblättern dürfen durch den Bieter keine Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen werden. Der Auftraggeber behält sich für diesen Fall einen Ausschluss des Angebotes vor. Die Unterlagen sind in einem üblichen Dateiformat zu übermitteln (.pdf/.docx/.xlsx).

Das Angebot muss vollständig sein. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Angaben und Erklärungen mit einmaliger Fristsetzung nachzufordern. Ein Anspruch der Bieter auf eine solche Nachforderung besteht nicht.

Die Bieter werden ferner darauf hingewiesen, dass in einem Vergabeverfahren insbesondere der Wettbewerbsgrundsatz eine wichtige Rolle spielt. Der Auftraggeber hat daher wettbewerbsbeschränkende und unlautere Verhaltensweisen zu bekämpfen. Die Bieter werden in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Verpflichtung zur Einhaltung des Geheimwettbewerbs und auf das grundsätzliche Verbot der Mehrfachbeteiligung an dem Vergabeverfahren hingewiesen.

Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

- Anlage A: Angebotsschreiben
- Anlage A.1: Eigenerklärung zur Eignung
- Anlage A.2: Bietergemeinschaftserklärung (soweit relevant)
- Anlage A.3: Erklärung bei Eignungsleihe (soweit relevant)
- Anlage A.4: Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (soweit relevant)
- Anlage B.2: Preisblatt
- Ausführungskonzept

C. Bieterfragen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, welche die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bieter unverzüglich die ausschreibende Stelle vor Angebotsabgabe über das e-Vergabeportal darauf hinzuweisen.

Bieterfragen sind ausschließlich über das e-Vergabeportal <https://www.dtv.de/> zu richten und werden ebenfalls ausschließlich über das vorgenannte e-Vergabeportal beantwortet.

Auskünfte werden nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum **10.07.2026** eingegangen sind. Später eingehende Auskunftersuchen werden grundsätzlich nicht bearbeitet. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt der anfragende Bieter. Mündliche/telefonische Anfragen werden nicht beantwortet.

Antworten werden immer zeitgleich an alle über den Projektraum der e-Vergabeplattform erteilt. Die Anonymität der Bieter bleibt dabei gewährleistet. Fragen können sich auch auf vertragliche Regelungen beziehen. Der Auftraggeber wird diese Fragen/ Anregungen prüfen und ggf. eine angepasste Version der vertraglichen Regelungen für alle Bieter gleichermaßen als Grundlage der Angebote zur Verfügung stellen. Ein Anspruch auf Berücksichtigung dieser Fragen/ Anregungen besteht nicht. Eine Verhandlung des Vertragsentwurfes findet nicht statt.

Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

D. Zuschlags- und Bindefrist

Mit Angabe des verbindlichen Angebots wird vom Bieter eine Angebotsbindefrist bis zum **30.09.2026** bestätigt.

Der Haushalt für die Jahre 2027 und 2028 wurde bislang noch nicht durch die Abgeordneten des Landtags beschlossen. Die Zuschlagserteilung erfolgt daher erst mit dem Kassenanschlag des neuen Haushalts (Eingang Zuteilungsschreiben).

E. Zuschlagskriterien

Der Vertrag wird mit dem Bieter abgeschlossen, der nach Maßgabe der von dem Auftraggeber vorgegebenen Zuschlagskriterien und deren Gewichtung die bestmögliche Leistung erwarten lässt.

Die Wertung der Angebote erfolgt anhand der einfachen Richtwertungsmethode:

Dabei hat derjenige Bieter das wirtschaftlichste Angebot abgegeben, dessen Angebot die größte Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z) im Vergleich zu den anderen Angeboten aufweist.

Die Bewertung erfolgt in folgenden Schritten:

1. Ermittlung des wertungsrelevanten Preises (P) des Angebots
2. Ermittlung der Leistungspunkte (L) des Angebots
3. Ermittlung der Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z) mittels Division der Leistungspunkte (L) durch den Preis (P) multipliziert mit 100.000 (aus Gründen der besseren Darstellung); mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

$$Z = (L / P) \times 100.000$$

Der Auftraggeber schließt grundsätzlich den Vertrag mit dem Bieter, dessen Angebot die höchste Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z) erhält.

Hinweis: Sollten zwei (oder mehr) Angebote die gleiche Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z) erzielen und auf den vordersten Rängen liegen, gilt von diesen Angeboten dasjenige Angebot mit der höchsten Leistungszahl (L) als das wirtschaftlichste Angebot.

1. Ermittlung des wertungsrelevanten Preises (P)

Der im „Preisblatt“ (Anlage B.2) Preisblatt ausgewiesene Netto-Gesamtpreis ergibt den wertungsrelevanten Gesamtpreis Konzept.

Im Preisblatt sind die Preise für die einzelnen Leistungsbestandteile vollständig und korrekt einzutragen.

Die Preise sind in Euro (EUR) zu kalkulieren und darzustellen. Die Preise sind als Nettopreise auszuweisen. Alle Preise sind inkl. aller Neben- und Reisekosten zu kalkulieren. Die in den Ausschreibungsunterlagen enthaltenen Regelungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen.

2. Ermittlung der qualitativen Leistungspunkte (L)

Bewertet wird von dem Bieter einzureichende auftragsbezogene Ausführungskonzept.

Darin hat der Bieter konkret darzustellen, wie er im Falle der Auftragserteilung an ihn konkret die Leistungen im Zusammenhang mit der Übertragung von einer Plenarsitzung, der Aufzeichnung einer Plenarsitzung, der Veröffentlichung der Aufzeichnung einer Plenarsitzung und der Bereitstellung von Material einer Plenarsitzung zur Weiterverarbeitung ausführen wird, um durch einen passgenauen Ablauf der einzelnen Prozessschritte das übergeordnete Ziel der Nutzerfreundlichkeit (insbesondere für die Nutzer der Landtagsverwaltung) bestmöglich zu erreichen. Der Bieter hat dabei in seinem Ausführungskonzept die einzelnen Prozessschritte exemplarisch zu beschreiben. Das Konzept wird Vertragsbestandteil.

Das Ausführungskonzept soll einen Umfang von maximal vier (4) DIN A4-Seiten (Arial, 12 Punkt) nicht überschreiten. Angaben ab Seite 5 bleiben bei der Bewertung unberücksichtigt. Sollte das Ausführungskonzept fehlen, führt dies zum Ausschluss des Angebots.

Es werden Bewertungspunkte von 0 bis 100 vergeben, wobei 100 Bewertungspunkte die bestmögliche Bewertung darstellt.

Die Punkteverteilung erfolgt im Rahmen einer prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber und einer vergleichenden Bewertung der Inhalte der anderen Konzepte wie folgt:

Punkte	Bewertungsstufe	Stufenbeschreibung
0	Nicht bewertbar	Das Ausführungskonzept enthält keine oder keine verwertbaren Angaben zu den vier Leistungsbereichen (Livestreaming, Aufzeichnung, Veröffentlichung, Materialbereitstellung). Die Darstellung ist derart lückenhaft, widersprüchlich oder unverständlich, dass eine inhaltliche Bewertung nicht möglich ist.
25	Mangelhaft	Das Ausführungskonzept beschreibt die Prozesse lediglich in Grundzügen. Wesentliche Prozessschritte ab dem Einzelabruf (z. B. Signalbereitstellung und Encodierung, Aufzeichnungsstart und Speicherung, Freigabe- und Uploadprozesse, Formatoptionen und Übertragungswege) werden nur unvollständig oder oberflächlich dargestellt. Die praktische Umsetzbarkeit bleibt in mehreren Leistungsbereichen fraglich. Der auf Seiten der Landtagsverwaltung erforderliche Aufwand wird nicht nachvollziehbar adressiert.
50	Ausreichend	Das Ausführungskonzept beschreibt die wesentlichen Prozessschritte in allen vier Leistungsbereichen nachvollziehbar. Die Abläufe vom Einzelabruf bis zur jeweiligen Leistungserbringung sind im Grundsatz erkennbar, weisen jedoch Lücken oder Unschärfen auf (z. B. fehlendes Störungsmanagement, unklare Qualitätssicherung, unvollständige Freigabeprozesse oder fehlende Zugriffsregelungen). Schnittstellen zwischen Bieter und Auftraggeber sind nicht durchgängig klar definiert. Die Nutzerfreundlichkeit wird berücksichtigt, jedoch nicht in allen Bereichen überzeugend dargelegt; der Aufwand für die Landtagsverwaltung erscheint vertretbar, wird aber nicht im Einzelnen transparent gemacht.
75	Gut	Das Ausführungskonzept beschreibt für alle vier Leistungsbereiche vollständige und schlüssige Abläufe vom Einzelabruf bis zur jeweiligen Leistungserbringung. Sämtliche wesentlichen Prozessschritte (u. a. Signalübernahme, Encodierung und Monitoring; Konfiguration, Aufzeichnung und Speicherung; Nachbearbeitung, Metadatenerfassung, Freigabe und Upload; Materialauswahl, Formatierung und Zugriffs-/Berechtigungskonzept) werden klar dargestellt. Schnittstellen und Verantwortlichkeiten zwischen Bieter und Auftraggeber sind definiert. Die dargestellten Prozesse sind erkennbar darauf ausgerichtet, den Aufwand auf Seiten der Landtagsverwaltung gering zu halten.
100	Sehr gut	Das Ausführungskonzept beschreibt für alle vier Leistungsbereiche lückenlose und in sich geschlossene Abläufe, die in besonderem Maße durch Praxisauglichkeit und Klarheit überzeugen. Über die vollständige Prozessdarstellung hinaus werden weitergehende Maßnahmen zur Qualitätssicherung, zum Störungsmanagement und zur Fehlerprävention nachvollziehbar dargelegt (z. B. Redundanzkonzepte, automatisierte Integritätsprüfungen, gestuftes Freigabekonzept, Self-Service-Funktionalitäten, differenziertes Rechte- und Zugangsmanagement). Die Rollen- und Schnittstellenverteilung ist eindeutig und auf eine maximale Entlastung der Landtagsverwaltung ausgerichtet. Das Konzept zeichnet sich durch besondere Durchdachtheit aus, etwa durch Automatisierungen, intuitive Bedienoberflächen oder proaktive Lösungsansätze, die den operativen Alltag der Verwaltung spürbar erleichtern.

D. Zuständige Vergabekammer

Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz

Telefon: 06131-16-2234

Fax: 06131-16-2113

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Vergabestelle